

Aus der Arbeit des Gemeinderats und der Verwaltung

Bericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 03.06.2025

Aufgrund des zu erwartenden Interesses an dieser Sitzung anlässlich des Tagesordnungspunktes zum Thema Windkraft, fand diese ausnahmsweise in der Festhalle Königsbach statt. Bürgermeister Genthner durfte viele Einwohnerinnen und Einwohner in der gefüllten Festhalle begrüßen. Er erläuterte kurz die Rahmenbedingungen für die Einwohnerfragestunde und bat die Einwohnerinnen und Einwohner, für ihre Fragen das bereitstehende Mikrofon zu nutzen.

1. Einwohnerfragestunde

Einnahmen durch Ordnungswidrigkeiten und Asylunterkünfte

Ein Bürger erkundigte sich nach den Einnahmen, die die Gemeinde durch die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten durch den gemeindlichen Vollzugsbediensteten erhalten hat. Zudem interessierte ihn die gesamte Thematik der Flüchtlingsunterbringung in der Gemeinde. Er fragt hierzu, ob es aktuelle Probleme gebe oder wie die Entwicklung der Zuweisungszahlen eingeschätzt wird.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Genthner erklärte der Bürger, dass für die Einnahmen durch Ordnungswidrigkeiten, für ihn die vergangene 2-3 Jahre interessant wären. Bürgermeister Genthner kündigte an, die Zahlen für die kommende Sitzung aufzubereiten. Ebenso auch die Belegungszahlen der Flüchtlingsunterkünfte, über welche ohnehin in regelmäßigen Abständen informiert werde.

Rentabilität von Windkraftanlagen

Eine Bürgerin erkundigte sich, ob die Kämmerei einen Rentabilitätsplan, hinsichtlich Gewinns und Kosten von Windkraftanlagen erarbeitet habe und ob die Bürger über diesen in gleicher Form wie über den Haushaltsplan informiert werden würden.

Bürgermeister Genthner verwies für die Beantwortung der Frage auf den entsprechenden folgenden Tagesordnungspunkt.

Stellungnahme zum Bürgerentscheid

Ein Bürger wünschte eine Stellungnahme der Bürgerliste bezüglich deren Gründe für die Durchführung eines Bürgerentscheids. In seinen Augen sei der Gemeinderat ein von der Bevölkerung in demokratischer Wahl gewähltes Gremium, welches durch seine Wahl dazu bestimmt wurde, in solchen wichtigen Themen entsprechende Entscheidungen zu treffen. Daher stelle sich ihm die Frage, warum man einen Bürgerentscheid über die Befürwortung von Windkraftanlagen anstatt direkt die Aufstellung dieser beschließe.

Bürgerentscheid Windkraft

Ein Bürger erklärte bezüglich des Tagesordnungspunktes 4.3, dass die Bürger anhand des Abstimmungsverhaltens die Möglichkeit hätten zu erkennen, wie die Gemeinderatsmitglieder zur Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie stehen würden. Er führt weiter an, dass, sollte der Antrag der Bürgerliste abgelehnt werden, die Bürgerinitiative Königsbach-Stein plane ein Bürgerbegehren durch die Einreichung der erforderlichen Unterschriftenzahl herbeizuführen. Dies demonstriere direkte Demokratie, zeige das Stimmungsbild der Bürgerinnen und Bürger, fraktionsübergreifend, unabhängig und schaffe Transparenz und Aufklärung.

2. Bekanntgaben

Städtebauliche Erneuerungsmaßnahme – Ortskern Königsbach II

Bürgermeister Genthner informierte über die Aufstockung der Fördermittel für die städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet Ortskern Königsbach II um 1.000.000 €. Dies entspreche einer Erhöhung des Förderrahmens insgesamt auf annähernd 3,7 Mio. €, durch welche die weiter anstehenden Aufgaben im Sanierungsgebiet gesichert angegangen werden können. Bauamtsleiter Sören Rexroth ergänzte, dass im Zuge des Sanierungsprogramms zu Jahresbeginn die Sanierung der Kirchstraße

abgeschlossen werden konnte. Derzeit laufe der erste Bauabschnitt zur Sanierung der Ankerstraße. Mit einer kommenden Baumaßnahme für 2026, der Sanierung der Stützmauer unterhalb des Kirchplatzes, werde man sich voraussichtlich noch vor der Sommerpause befassen. Im bestimmten Umfang würden auch private Gebäude von den Sanierungsmaßnahmen betroffen werden, ebenso Grunderwerb der Gemeinde beispielsweise in der Durlacher oder St. André Straße.

Klimaangepasstes Waldmanagement

Bürgermeister Genthner verkündete den Erhalt eines Zuschusses in Höhe von 81.979,20 € für das klimaangepasste Waldmanagement der Gemeinde.

Statische Prüfung einer Mauer am Feuerwehrhaus Stein

Bürgermeister Genthner informierte darüber, dass eine Mauer in der Nähe des Feuerwehrhauses Stein nach einer Überprüfung statische Probleme aufzeigte. Da die Mauer an einem öffentlichen Weg stehe, wurde der Bereich unmittelbar nach Bekanntwerden der Problematik abgesperrt.

Eine Detailprüfung stehe aktuell noch aus, erläuterte Abteilungsleiterin Bauamt Technik Daniela Stadie den Sachverhalt weiter. Man müsse zunächst den konkreten Arbeits- und Kostenumfang prüfen. Bei geringfügigen Arbeiten könne gegebenenfalls auch der Gemeindebauhof die Sanierungsarbeiten übernehmen.

3. Erweiterung / Umbau Bildungszentrum

- Weisungsbeschlüsse für die nächste Verbandsversammlung

Bürgermeister Genthner stellte Marc Moll als Geschäftsführer des Schulverbandes Bildungszentrum westlicher Enzkreis vor, welcher erstmals an einer Gemeinderatssitzung teilnahm. Herr Moll erläuterte die ausführliche Sitzungsvorlage und ging dabei insbesondere auf die Historie des Projekts und die nun angedachten beiden Bauabschnitte ein. Zur Schaffung von notwendigen Klassenzimmern soll der aktuell überdachte Bereich des Pausenhofes der Realschule eingehaust werden. Ebenso sollen die sanierungsbedürftigen Fachklassen in der Ebene 1 des Hauptgebäudes saniert werden. Im Rahmen dieser Maßnahmen können ein derzeit fehlender zweiter Besprechungsraum für die Schulsozialarbeit oder ein Aufenthaltsraum für die angestellten Reinigungskräfte geschaffen werden. Herr Moll ging außerdem auf die Beteiligung der beiden Schulleitungen und den weiteren Planungsprozess ein. Zur Aufnahme weiterer Werkrealschüler, aufgrund der Schließung einer Werkrealschule im Nachbarort, könne das Schulamt bislang noch keine Prognose abgeben. Ebenso sehen die aktuellen Planungen keinen Puffer für steigende Schülerzahlen vor.

Gemeinderat Engemann griff die Finanzierung dieser Maßnahmen auf und bat um Erläuterung für den Fall, dass die einkulierte und finanziell notwendige Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung doch nicht eintreten würde. Auch warf er die Frage nach zusätzlichen Erweiterungsmöglichkeiten auf, falls weitere Schulen im Umkreis geschlossen werden müssten.

Geschäftsführer Moll erklärte, dass der Gemeindetag in diesem Jahr den Beschluss zur Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung erwarte und die Neufassung dann zum 01.01.2026 in Kraft treten solle. Damit hätten u.a. Schulträger die Möglichkeit, besondere Gerätschaften und Einrichtungsgegenstände zu „Betriebsvorrichtungen“ zu erklären. Dadurch wäre eine investitionsbedingte Kreditfinanzierung möglich. Sollte die Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung nicht erfolgen, müssten die Verbandsgemeinden überlegen, wie das Projekt zeitlich gestreckt werden könnte, um die Maßnahmen jährlich aus dem Ergebnishaushalt zu finanzieren.

Bürgermeister Genthner unterstrich die Ausführungen zur geplanten Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung. Er stehe selbst in Kontakt mit dem Gemeindetag. Die inhaltlichen Diskussionen seien bereits abgeschlossen, es stehe lediglich noch der formale Beschluss aus. Auch bezüglich der Entwicklung der Schülerzahlen gab er an, dass das Gymnasium durchweg bei G9 geblieben ist und somit diesbezüglich keine Änderungen zu befürchten habe. Außerdem sei die Schülerlenkung Aufgabe des Schulamtes.